
Peter Glotz

Jugend und Gesellschaft - die Herausforderungen der 80er Jahre*

Dr. Peter Glotz, geboren 1939 in Eger, Studium in München, Mitglied des Bayerischen Landtags 1970 bis 1972, des Bundestages 1972 bis 1977, 1974 bis 1977 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, seitdem Senator für Wissenschaft und Forschung in Berlin.

Mangelndes Engagement?

Die rhetorische Formel, mit der dieses Referat überschrieben ist, läßt uns fragen: Sind wir, die wir diese Herausforderungen annehmen wollen, als Gewerkschafter und politisch engagierte Menschen Teil einer starken demokratischen Bewegung oder eine kleine isolierte Truppe, die in krisenhaft sich zuspitzender Lage schnell an den Rand des Geschehens gedrückt werden könnte? Nimmt *die* junge Generation die Herausforderungen der 80er Jahre an? Ich bin weit entfernt davon, als orakelnder Besserwisser die ganze junge Generation als staatsverdrossen und resigniert hinzustellen. Die meisten Menschen in unserer Gesellschaft leben nicht unter sozialer Bedrohung und täglicher Gefährdung; es ist deshalb nicht ungewöhnlich, daß viele, gerade junge Menschen sich stärker auf sich selbst, ihre Familie, ihre eigene persönliche Entwicklung konzentrieren und die soziale Auseinandersetzung und die Politik aus ihrem Leben ausklammern. Extremistische Strömungen auf der rechten und der linken Seite existieren zwar, aber so sehr sie unsere Aufmerksamkeit verdienen: Sie sind schwächer als in vergleichbaren Ländern und müssen von den Interessenten schon aufgeblasen werden, um als Gefahr für unsere gesellschaftliche Ordnung dargestellt werden zu können. Es gibt in den Gewerkschaften, den Kirchen, den Parteien, in vielen Bürgerinitiativen und freien Gruppen Beispiele von ermutigendem En-

* Leicht gekürzte schriftliche Fassung einer Rede vor dem 15. Jugendtag der IG Bergbau und Energie am 30. 5. 1980 in Hamm, unter dem Titel: „Erfahrungen nutzen, gemeinsam handeln. Wir nehmen die Herausforderungen der 80er Jahre an.“

gagement junger Leute. Kurz und gut: Es gibt keinen Anlaß zu Verzweiflungsschreien über die junge Generation.

Trotzdem würde ich uns nicht raten, solche Erwägungen als sicheres Ruhekitzen zu betrachten. Der DGB-Bundesvorstand hat recht, wenn er in einem Thesenpapier über die Jugendarbeit von einer zunehmenden „kritischen Distanz“ der Jugendlichen zu den „politischen Großorganisationen“ spricht. „Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen“ - so heißt es in diesem Papier - „steht in einem erheblichen Mißverhältnis zur Zahl der aktiven jungen Gewerkschafter. Dieses Mißverhältnis ist keineswegs ein spezifisches Problem der Gewerkschaftsjugend, sondern findet sich bei allen Jugendorganisationen mit politischem Anspruch.“ Genauso ist es. Ich will die Erfolge vieler unserer Einzelgewerkschaften bei den Jugendvertreterwahlen und bei der Mitgliederwerbung im Jugendbereich überhaupt nicht schmälern. Aber unbestreitbar ist, daß wir alle miteinander uns bitter schwer täten, wenn wir, selbst bei Aufbietung aller Kräfte, einmal so viele Jugendliche mobilisieren wollten, wie — sagen wir — Eric Burdon, wie Veranstaltungen nach dem Muster „Rock gegen Rechts“ oder die Antikernkraft-Trecks der Bürgerinitiativbewegung. Auch das, was sich auf Kirchentagen zeigt, ist jedenfalls etwas Neues; ich will es keineswegs mit dem anderen in einen Topf werfen oder gar negativ bewerten, ich will nur feststellen: Ein vergleichbares Engagement für die unser Leben bestimmenden Herausforderungen der 80er Jahre kann ich nicht feststellen, weder bei den Gewerkschaften noch bei den Parteien. Muß uns das nicht zu denken geben?

Noch einmal: Ich pinsele hier nicht an einem Katastrophengemälde. Es ist nicht abnormal, daß in Zeiten, die von der erdrückenden Mehrheit der Menschen pohtisch als normal empfunden werden, die Beteiligung an der sozialen und politischen Auseinandersetzung gering bleibt. Nur dürfen wir daraus nicht schließen, daß in dem Augenblick, in dem die Arbeitslosenzahlen in einem bestimmten Industriezweig hochschnellen oder ein innenpolitischer oder außenpolitischer Konfliktherd explodiert, die bisher abseits Stehenden plötzlich an unserer Seite kämpfen werden. Wir müssen uns also — gerade in Zeiten relativer Ruhe — fragen: Sind wir — beispielsweise in der jungen Generation- stark genug, um uns auch in krisenhaften Entwicklungen zu behaupten? Und hier sind wenn schon nicht Zweifel, so doch sicherlich Fragen erlaubt. Ich finde es gut, daß in den Gewerkschaften diese Fragen inzwischen lebhaft diskutiert werden. Ich bin allerdings von einem fest überzeugt: Wir werden der Lösung dieser Fragen keinen Schritt näher kommen, wenn wir uns immer nur fragen, was wir organisatorisch tun können, um junge Leute anzusprechen oder gar einzufangen.

Wir müssen mindestens eine Stufe tiefer ansetzen, hinter den Aktionsformen, um die wir uns streiten, hinter der falschen Alternative von Betrieb oder Freizeit. Wir müssen nach den *Themen* fragen, die die junge Generation in ihrem Alltag bewegen. Und das Problem der meisten politischen Organisationen hegt meiner Auf-

fassung nach darin, daß wir allzu dogmatisch von uns aus festlegen, was die eigentlich wichtigen Themen sind, daß wir die anderen mit *unseren* Wichtigkeiten und mit *unserer* Sprache konfrontieren und dabei allzuoft *ihre* Wichtigkeiten und *ihre* Sprache aus dem Auge verlieren.

Wir alle wollen erreichen, daß wir den Anspruch erfüllen, demokratische Massenorganisationen zu sein; daß wir also nicht kaderhaft organisierte Kleingruppen darstellen, die oberhalb der Masse der Jugendlichen rotieren, sondern daß wir mit unserer Arbeit die Jugendlichen selbst repräsentieren. Dies kann uns aber nur gelingen, wenn wir davon absehen, dogmatisch und einlinig von uns aus zu definieren, was die Lebensfragen der jungen Generation sind.

So halte ich es zum Beispiel für einseitig und dogmatisch, wenn die neuen Ideologen der Grünen das Verhältnis von Kapital und Arbeit plötzlich als unwichtig abtun und an die Stelle der sozialen die ökologische Frage setzen wollen. Es gehe, so sagen sie, nicht mehr um die Klassenfrage, sondern um die Gattungsfrage. Ich antworte darauf: Schon bei der nächsten stärkeren Konjunkturschwankung werden diese Herren und wir alle spüren, daß auch angesichts der globalen Bedrohung unserer Umwelt die Interessengegensätze von Kapital und Arbeit nicht aus der Welt verschwinden. So wie der deutsche Kaiser einmal gesagt hat, „ich kenne jetzt keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“, wollen manche jetzt sagen, ich kenne jetzt keine Klassen mehr, ich kenne nur noch Menschen. Bei der nächsten Aussperrung wird sich erweisen, daß das Unsinn ist. Dies bedeutet auch: Wir dürfen uns von den neuen Psychologen nicht einreden lassen, daß alles Unglück auf der Welt nur daher kommt, daß die Menschen nicht sensibel genug miteinander umgehen. Ein großer Teil dieses Unglücks kommt auch von einer entmündigenden Arbeitssituation und unmenschlichen Arbeitsbedingungen, die man nur als Teil einer sozialen Bewegung, nämlich der Gewerkschaftsbewegung, sinnvoll bekämpfen kann. Deswegen stehen Umwelt und Naturschutz in der Tradition des Kampfes um Arbeitsschutz und menschliche Arbeitsbedingungen, wie ihn die Arbeiterbewegung seit mehr als hundert Jahren geführt hat. Wer das vergißt, der geht an den Lebensinteressen von Hunderttausenden und Millionen von Arbeitnehmern in den Betrieben vorbei.

Genauso dogmatisch und einlinig und blind gegen Lebensbedürfnisse von jungen Menschen sind aber diejenigen, die mit Entschlossenheit und Realismus in der Stimme immer wieder feststellen, daß es der jungen Generation „eigentlich“ überhaupt nicht um irgendwelche Sinnfragen gehe, sondern eben um Berufsbildung, Jugendarbeitsschutz, Jugendvertreterarbeit usw. Auch denen muß man zurufen: Ihr könnt für die anderen nicht definieren, was deren eigentliche Probleme sind.

Natürlich ist es objektiv von ganz entscheidender Bedeutung, wie wir in unserer Gesellschaft das Recht auf Bildung und das Recht auf Arbeit durchsetzen, das heißt also, ob wir die Ausbildung eines jungen Menschen abhängig machen von der Konjunktorentwicklung, wie das heute noch in vielen Berufen schlechte Wirklichkeit ist,

oder ob wir eben dieses Recht auf Bildung auch außerhalb der Gymnasien und Universitäten durchsetzen können. Aber es ist schlechter Materialismus, es ist die schülerhafte und dogmatische Anwendung von alten Lehrsätzen, wenn man so tut, als ob diese konkreten materiellen Interessen, um die wir uns als Gewerkschaften bei Gott täglich kümmern müssen, die einzigen Fragen wären, die junge Menschen bewegen und interessieren. Das sind sie eben nicht und das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Neue - und alte - Fragestellungen

Ich sehe neben der sozialen Frage, neben dem *bleibenden* Konflikt zwischen Kapital und Arbeit drei weitere Fragestellungen, die unser Leben bestimmen und die, bewußt oder unbewußt, auch die junge Generation bewegen. Natürlich sind diese Fragen nicht unabhängig von der sozialen Frage, sondern von ihr beeinflußt. Aber sie haben trotzdem ein Eigenleben; sie sind nicht gelöst, wenn wir die soziale Frage beantwortet hätten; ganz abgesehen davon, daß die Weltgeschichte der letzten 60 Jahre es nicht gerade nahelegt, an eine endgültige Lösung dieser Frage zu glauben. Diese drei Fragen sind, wie ich sie sehe:

Erstens: Die Frage nach dem Verhältnis des Menschen zur Natur. Es handelt sich um die Urangst, daß unsere industrielle Gesellschaft den Lebensraum des Menschen, die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen zerstören könnte. Diese Angst kam im Frühsozialismus genauso zum Ausdruck wie in der Jugendbewegung zu Anfang dieses Jahrhunderts; sie hat geistige Wurzeln sowohl bei der konservativen Kulturkritik Friedrich Nietzsches wie in utopischen Gesellschaftsentwürfen der Linken. Es ist kurzsichtig und borniert, diese Angst, die auch vor der Arbeiterschaft nicht Halt macht, als eine vorübergehende und lächerliche Mode der Kinder von reichen Leuten abzutun.

Zweitens: Nenne ich die Frage nach dem Menschen selbst. Das klingt pompös, ist aber nichts anderes als die Frage, ob unsere industrielle Leistungsgesellschaft, sei sie nun kapitalistisch oder sozialistisch verfaßt, mit ihren Konkurrenzmechanismen den Menschen nicht rettungslos verbiegt. Die ungeheuere Konjunktur, die psychologische Bücher und Filme heute haben, zeigt, wie wichtig Millionen von jungen Menschen diese Fragen nehmen. Es wäre absurd, wenn die Arbeiterbewegung diese Probleme der Vermarktung durch Illustrierte, Groschenromane und psychologische Sekten überließe.

Drittens: Nenne ich die Frage nach dem Sinn politischer Organisation. Es gibt Millionen junger Leute, die nicht daran glauben, daß wir mit dem, was wir tun, ihr Leben wirklich beeinflussen. In einem berühmten Lied der Arbeiterbewegung, „Wann wir schreiten Seit' an Seit'“, heißt der Refrain der ersten und letzten Strophe: „mit uns zieht die neue Zeit.“ Diesen Fortschrittsbegriff der alten Arbeiterbewegung haben wir mittlerweile - und sicher mit Recht - selbst in Frage gestellt. Andere stellen, nach den politischen Erfahrungen dieses Jahrhunderts und auch speziell des

letzten Jahrzehnts, nach dem Scheitern der außerparlamentarischen Opposition bei uns, vielmehr aber noch nach dem Scheitern so vieler revolutionärer Bewegungen in aller Welt, die Frage noch weit radikaler. Wir sind davon überzeugt und können auch davon überzeugt sein, daß wir durch unser konkretes Handeln die Lebensbedingungen der Menschen verbessern. Aber wir müssen uns fragen, wie wir diese Überzeugung anderen vermitteln können.

Wenn wir diese Fragen, so wirt sie uns manchmal gestellt werden, nicht mit dem gleichen Ernst beantworten wie die soziale Frage, die der Ausgangspunkt unseres Engagements ist, dann laufen wir Gefahr, bei einer krisenhaften Zuspitzung unserer gesellschaftlichen Situation, die wir keineswegs ausschließen können, genauso zu scheitern wie die ältere Generation in der Demokratie von Weimar. Wir dürfen nicht den katastrophalen Fehler begehen, diese Fragen den Rechten oder den Sekten zu überlassen. Machen wir auch nicht den Fehler, uns spitzfindig darüber zu streiten, ob diese Fragen ein eigenes Recht haben oder ob sie nichts anderes sind als Ableitungen aus dem Gegensatz von Kapital und Arbeit. In der marxistischen Terminologie ist das die Frage, ob es Hauptwidersprüche oder vielleicht nur Nebenwidersprüche sind. Mit solch einer Diskussion werden wir keinen einzigen Jugendlichen hinter dem Ofen hervorlocken. Wenn die Wirklichkeit des sogenannten realen Sozialismus eins zeigt, dann zeigt sie jedenfalls dies: Daß die Änderung der Eigentumstitel weder das Verhältnis des Menschen zur Natur unproblematisch macht noch die Beziehungen der Menschen untereinander grundstürzend verändert. Gerade wenn man, wie ich es tue, für eine schöpferische und gleichzeitig kritische Anwendung der Gedanken von Karl Marx eintritt, muß man von der Illusion lassen, daß man eines dieser Themen sozusagen durch das andere ersetzen könnte. Nein, wir müssen uns allen diesen Themen stellen, in unserer Jugendarbeit, aber auch in unserer ganzen Politik.

Sicherlich kann man die innenpolitische Situation unter keinem Aspekt mit der Situation von 1932/33 vergleichen. Trotzdem ist es erlaubt, die Lehren aus dieser Zeit zu zitieren. Der große Philosoph Ernst Bloch, damals Kommunist, hat mit beschwörenden Worten die Unfähigkeit der damaligen KPD kritisiert, das Handeln von Millionen von Menschen zu begreifen, die anders fühlten, als es der kommunistischen Ideologie entsprach. Er hat dafür den Begriff der „Ungleichzeitigkeit“ geprägt; die Leute hätten eben Gefühle gehabt, die es nach der exakten Analyse der historischen Konstellationen nicht mehr hätte geben dürfen. Von einem ganz anderen Ausgangspunkt, aber in genau die gleiche Richtung hat der Sozialdemokrat Julius Leber, der in Hitlers Gefängnissen umgekommen ist, in seiner kurz nach der Machtergreifung Hitlers verfaßten Schrift „Die Todesursachen der deutschen Sozialdemokratie“ geurteilt. Bei ihm heißt es: „Die Partei Bebeis, einst geboren und unerschütterlich getragen in den Instinkten und dem Glauben der unbekannt und namenlosen Masse des deutschen Volkes, hat im Laufe ihrer Zeit die Verbindung mit dieser Urkraft und deren Stimmungen und Strömungen fast ganz verloren. Sie wußte zuletzt nichts mehr von den Träumen und triebhaften Leidenschaften in der unendli-

chen Tiefe von Millionen, viel mächtiger als alle Worte und Lehren, als alle Symbole und Programmpunkte. Sie wußte nichts mehr von den grenzenlosen Wunschträumen der eigenen trostlosen Jugend."

Ich will mit diesen Beispielen sagen: Laßt uns aufpassen, daß wir nicht neunmal-gescheit, befangen nur von unserer eigenen Analyse der politischen Situation, über die Bedürfnisse der jungen Generation hinwegsehen. Wir dürfen uns nicht beirren lassen, natürlich: Wer uns einreden will, daß sich die sozialen Konflikte plötzlich in Luft aufgelöst haben und daß die soziale Sicherung der Arbeitnehmer kein Thema mehr sei, den können wir nicht ernst nehmen. Aber laßt uns die Fragen junger Leute ernst nehmen, wo immer sie auftreten: im Betrieb, in der Freizeit, in der Familie, in der Schule oder sonstwo.

Probleme dieses Jahrzehnts

Für die 80er Jahre gibt es eine berühmte Prognose, die schon Jahrzehnte alt ist und in die Weltliteratur einging. George Orwell hat in seinem berühmten Buch „1984“ eine Welt geschildert, in der die Freiheit des einzelnen durch die Kombination von perfekter Technik mit ungezügelterm Machtstreben zerstört worden ist. Es wird unsere Aufgabe sein, in diesen Jahren *allem* ungezügelterm Machtstreben Grenzen zu setzen und dafür zu sorgen, daß die Technik ein Werkzeug des Menschen bleibt und nicht umgekehrt den Menschen zum Werkzeug macht. Wir können die Vision Orwells widerlegen; aber sie ist noch nicht widerlegt.

Die wichtigste Aufgabe unseres ganzen politischen Handelns bleibt die Sicherung des Friedens, oder besser gesagt: die Sicherung des Nichtkrieges. Die Erhaltung dieses Zustandes ist nur möglich, wenn die Machtblöcke füreinander verstehbar bleiben, das heißt wenn sie miteinander reden. Politiker wie Strauß, die jeden Kontakt unserer politischen Führung, sei es mit Breschnjew, sei es mit Honecker, mit dem Bleigewicht von Verdächtigungen behängen, um sie zu verhindern, erhöhen die Unberechenbarkeit einer explosiven Situation. Wenn es darum geht, das Schießen zu verhindern, darf man Gespräche nicht nur beginnen, wenn sie diplomatisch tausendfach abgesicherte Ergebnisse versprechen.

Ich begreife es als unser aller Schuld, wenn es in unserem Land heutzutage zwar eine einigermaßen wirksame soziale Bewegung gegen die *friedliche* Nutzung der Kernenergie, aber keine ebenso wirksame soziale Bewegung gegen die *kriegerische* Nutzung der Kernenergie, das heißt also keine sozial wirksame Abrüstungsbewegung gibt. Wir sollten uns als Gewerkschafter entschiedener dafür stark machen, daß die Abrüstungsdiskussion nicht ein Expertendialog von fünfhundert Generälen und Abgeordneten bleibt, und wir sollten uns vor dem Sperrfeuer, das dagegen zu erwarten ist, nicht fürchten. Wir sind keine Utopisten, wir stehen auch ohne Belehrungen zum westlichen Bündnis, aber aus unserer besonderen Situation heraus erheben wir

auch den Anspruch auf eine mit den Verbündeten abgestimmte, aber unserer besonderen Situation gerecht werdenden eigenen Politik.

Die ökonomische Entwicklung, die in den 70er Jahren damit begonnen hat, daß seit 1973/74 der Ölpreis als politischer Hebel benutzt wird, wird in den 80er Jahren weitergehen. Dieser bedeutet, daß die zentralen Industrieländer endgültig einsehen müssen, daß ihnen auf längere Zeit nichts übrig bleibt, als durch eine Umstrukturierung ihrer Produktionskapazität weitreichende Sparziele für den Energieverbrauch zu fixieren. Täuschen wir uns nicht: Wenn die 5 % der Weltbevölkerung, die in den Vereinigten Staaten leben, weiterhin 33% des gesamten verfügbaren Erdöls verbrauchen, wird es irgendwann zu blutigen Konflikten kommen. Das gleiche gilt für Westeuropa oder die kommunistischen Industriestaaten. Das heißt: Wir, die Länder des Zentrums, müssen unsere Abhängigkeiten zu den Rohstoffen der Peripherie verringern. Dies hilft uns und es wird auch den Ländern der Dritten Welt helfen, die ihre einseitige Exportorientierung abbauen müssen. Eine solche Politik wird ungeheuer mühsam sein; und sie geht keinen Zentimeter voran ohne die Gewerkschaften. Denn wenn wir unsere Produktionskapazitäten schrittweise umbauen müssen und unsere Konsumstile ändern müssen, dann kann dies nur von großen Massenorganisationen durchgesetzt werden. Wer kein Verhältnis zu den Gewerkschaften hat, muß bei dieser Politik kläglich scheitern.

Ich sage das mit Blick auf Leute, die mit dem Gedanken an Verbändegesetze spielen oder jedenfalls gespielt haben, und auf die Grünen, die glauben, daß sie ihre Ziele ohne oder gar gegen die Gewerkschaften durchsetzen könnten. Der Versuch, das Steuer unserer Wirtschaftspolitik plötzlich und ohne Sicherung der Arbeitsplätze herumzureißen, könnte nur in einem politischen Zusammenbruch enden, in dem die Demokratie zuschanden würde. An den Arbeitnehmern vorbei ist ein moderner Industriestaat nicht zu führen, jedenfalls nicht mit demokratischen Mitteln. Deswegen bleibt uns, auch in diesen 80er Jahren, nur die reformistische Schritt-für-Schritt-Politik. Zum Beispiel auf dem Energiesektor. Ich stimme mit vielen Anträgen, die zu dieser Konferenz gestellt worden sind, überein: Wir müssen — neben entschiedenen Anstrengungen zur besseren Nutzung und Einsparung von Energie - alles tun, um neue Energiequellen, sogenannte alternative Energien, zu erschließen. Aber wenn wir wissen, daß selbst zum Ende dieses Jahrhunderts nur zwischen 5 oder 10% unseres Energiebedarfs durch solche Energiequellen gedeckt werden können, dann bleibt uns nur die vorsichtige, überlegte, sicher nicht spektakuläre Mischkonzeption, wie die Gewerkschaften sie verfolgen; wir müssen unterschiedliche Energiequellen nutzen. Und wenn man sich dann klarmacht, daß - selbst wenn wir alles für die Förderung und den weiteren Ausbau der heimischen Kohle tun — in diesen 80er Jahren erhebliche Mengenprobleme bei der Energieversorgung entstehen können, bleibt eben auch dann, wenn man Sicherheitsfragen ganz ernst nimmt, keine Möglichkeit für einen endgültigen Verzicht auf die Kernenergie zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Wir müssen den Mut haben, dies auch denjenigen jungen Leuten zu sa-

gen, die den Verzicht auf Kernenergie für die alles entscheidende Frage der Politik halten. Hier zahlt sich Opportunismus nicht aus.

Aber die Einsicht in diese Notwendigkeiten macht uns nicht zu fatalistischen Vollziehern der technischen Entwicklung. Ein ungesteuerter technischer Fortschritt könnte unsere Lebensgrundlagen und auch unsere Freiheit zerstören. Deswegen sind wir beispielsweise mehr als skeptisch gegenüber der Idee, mehr als 60 Milliarden DM zu investieren, nur um über eine Verkabelung der Bundesrepublik statt drei oder vier Fernsehprogrammen, zwölf oder dreißig beziehen zu können. Wir müssen nicht alles machen, was wir technisch machen können. Die Einführung von kommerzgesteuerten Fernsehprogrammen — die das Bundesverwaltungsgerichtsurteil nun zumindestens hinausgezögert hat - würde unsere Kinder weder selbständiger noch freier machen.

Deswegen sind wir auch mehr als skeptisch, ob auf allen Gebieten der Markt allein geeignet ist, humane Lebensbedingungen für die Menschen zu gewährleisten. Ich halte die Marktsteuerung unserer Wirtschaft für effektiver und freiheitlicher als eine zentrale Steuerung durch einen Plan; aber trotzdem halte ich ein Nachdenken über Geschwindigkeitsbegrenzungen, autofreie Sonntage oder andere vergleichbare Maßnahmen für notwendig, wenn ich mir vergegenwärtige, daß selbst unter dem Eindruck des Erdölschocks im Jahr 1997 nach einer Prognose einer großen multinationalen Mineralölgesellschaft 30,4% mehr Personenkraftwagen in Deutschland herumfahren werden als 1978.

Die deutschen Gewerkschaften sind keine Maschinenstürmer. Deswegen kämpfen sie nicht gegen neue Technologien an sich. Wir wissen, daß in vielen Sektoren unsere Wirtschaft nur dann konkurrenzfähig bleiben kann, wenn sie neue Technologien einführt, d. h. auch: wenn sie rationalisiert. Deswegen sollten die Unternehmer froh sein, wenn die Gewerkschaften sich beispielsweise an den großen Programmen zur Humanisierung der Arbeit oder zur Fertigungstechnik des Forschungsministers beteiligen. Wenn ein Verbandspräsident, wie kürzlich geschehen, seine Unternehmen auffordert, staatliches Geld nur dann zu nehmen, wenn die Betriebsräte *nicht* beteiligt werden und wenn eine begleitende Sozialforschung *nicht* durchgeführt wird, dann zerstört er die Grundbedingungen für eine sozialorientierte Modernisierung der Wirtschaft.

Uns ist klar, daß wir die 80er Jahre nicht einfach mit einem mechanistischen Fortschrittsraster im Kopf bestehen können. Eine staatliche Politik, die nur Wachstumsraten und sonst nichts im Kopf hätte, müßte scheitern; und eine Tarifpolitik, die nur Lohnerhöhungen und sonst nichts im Kopf hätte, müßte genauso scheitern. Nur: wenn die Frankfurter Allgemeine Zeitung einen „Abschied von der glücksorientierten Gesellschaft“ fordert, dann könnten wir solche Forderungen nur ernst nehmen, wenn die Bescheidung, die da verlangt wird, von allen gemeinsam praktiziert wird.

Wer sie allein von den Arbeitnehmern verlangt, darf sich nicht wundern, wenn er auf kompromißlosen Widerstand trifft. Es wird in den 80er Jahren und auch danach notwendig sein, die politisch-ethischen Motive in der Politik stärker zu betonen als in den Aufbaujahren nach dem Krieg. Dies heißt selbstverständlich nicht, daß die materiellen Interessen der Arbeitnehmer auf die leichte Schulter genommen werden könnten, aber daß wir den Zusammenhang von materiellen und nicht-materiellen Zielen wieder stärker bewußtmachen müssen.

Künftige Aufgaben

Was können wir, was müssen wir konkret tun, um möglichst viele aus der jungen Generation für unsere Ziele zu aktiven Mitstreitern zu machen? Ich sehe vier Aufgaben:

Erste Aufgabe: Die politischen Organisationen, Parteien und Gewerkschaften, müssen dem einzelnen und seiner Lebenswelt wieder stärkere Aufmerksamkeit widmen. Die IG Bergbau hat diese Tradition stärker bewahrt als viele andere politische Organisationen, was sich auch darin manifestiert, daß die IGJBE noch eigene Jugendsekretäre hat. Aber ist nicht in vielen Organisationen, auch in vielen Organisationen der Arbeiterbewegung, die anonyme Dienstleistung wichtiger geworden als die persönliche Beziehung? Politik ist eben nicht nur Organisation, Politik ist auch gemeinsames Denken, gemeinsames Planen, gemeinsames Kämpfen, gemeinsames Feiern, gemeinsames Leben. Erkenntnisprozesse, Annäherungen, Identifikationen entstehen durch Reden miteinander, durch Abgrenzungen voneinander, durch Streiten gegeneinander - und nicht in der Wohnküche oder im großbürgerlichen Studierzimmer. Wo ist das Geflecht von „kleinen Netzen“, in denen der junge Mensch sich erproben kann?

Die alte Sozialdemokratie hatte es perfekt verstanden, gegen übermächtigen ökonomischen Druck eine eigene Kultur zu behaupten; sie hat ein eigenes System entwickelt, das von den Kinderfreunden über die Arbeiterjugend und Jungsozialisten, über den Arbeitersport, Frauenorganisationen und die Arbeiterwohlfahrt Menschen um Interessen *und Ideen* zusammenführte. Ich will nicht zurück zur Subkultur gegen die Gesellschaft, die vom gegnerischen Druck des Wilhelminischen Staats gegen die Sozialdemokratie erzwungen war. Aber ich behaupte, daß es nicht unmöglich ist unter dem neuen und ganz andersartigen Druck des modernen, anonymisierenden Industrialismus eine annähernd vergleichbare gruppenbildende Kraft zu entwickeln. Wenn wir wollen, können wir wieder stärker Angebote schaffen, in der sich einzelne um einzelne kümmern und nicht nur einige tausend Repräsentanten um die Menschheit.

Erfolg werden wir aber, insbesondere bei jungen Leuten, nur haben, wenn wir ihnen einen gewissen eigenen Gestaltungsraum überlassen. Georg Benz von der IG Metall hat dies in seinem Referat vor der 12. Jugendkonferenz seiner Gewerkschaft

so ausgedrückt: „Ich weiß, daß in manchen Bereichen unserer Organisation Ängstlichkeit darüber besteht, es könnte etwas aus der Kontrolle geraten. Auch wenn Veranstaltungen oder Flugblätter, die die jungen Kolleginnen und Kollegen selbst vorbereitet oder gestaltet haben, selbstverständlich innerorganisatorisch abgestimmt sein müssen, ist doch mehr Flexibilität und Toleranz bei der Arbeit mit Jugendlichen angebracht.“ Ich kann dem Kollegen Benz nur zustimmen.

Zweite Aufgabe: Wir müssen uns in unserer politischen Argumentation mehr um innere Glaubwürdigkeit bemühen. Das klingt wie eine selbstverständliche Phrase; aber es ist im Alltag der Politik keineswegs selbstverständlich. Ich nenne zwei ganz aktuelle Beispiele. Man kann jungen Leuten sofort verständlich machen, daß außenpolitische Beziehungen auch etwas mit der Frage zu tun haben, ob die Menschenrechte in dem Land, mit dem man Beziehungen anknüpft, gewahrt oder mit Füßen getreten werden. Das ist die Auffassung, die ihnen naheliegt. Man kann ihnen aber auch verständlich machen, daß außenpolitische Beziehungen im Interesse der Erhaltung des Friedens oder im Interesse des Schutzes eigener Staatsbürger auch mit Staaten notwendig sind, deren Systeme und deren Verhaltensweisen man strikt ablehnt. Aber wenn man beispielsweise einerseits die Außenpolitik von den Menschenrechten her begründet und andererseits ein Regime wie das Pakistans unterstützt, dann kann man für eine solche Politik keine Unterstützung bei jungen Leuten erwarten. Ein anderes Beispiel: Wer in unserem Lande Berufsverbote oder auch Meinungsmanipulation einerseits kritisiert, andererseits aber sich — mit welchen Argumenten auch immer - weigert, das Berufsverbot und die Gefängnishaft, denen Rudolf Bahro in der DDR ausgesetzt war, zu verurteilen, braucht bei der jungen Generation zum Argumentieren gar nicht mehr anzutreten; er hat schon von vornherein verloren und das mit Recht.

Dritte Aufgabe: Natürlich werden wir die junge Generation nicht gewinnen können, wenn wir nicht in den konkreten, sie betreffenden Politikfeldern eine Politik machen, die sie verstehen und akzeptieren kann. Solange wir beispielsweise zwar vom Recht auf Bildung sprechen, andererseits aber bei Tausenden und Abertausenden jungen Auszubildenden gar keinen oder nur den falschen Ausbildungsplatz zur Verfügung stellen können, weil das Angebot an Ausbildungsplätzen eben von der Konjunkturlage abhängig ist, solange werden wir es bei den Betroffenen schwer haben.

Ich bin der Letzte, der so täte, als ob die Defizite der Berufsbildung nur am schlechten Willen der Politiker, beispielsweise der Bundesregierung lägen. Wir, die wir das Ausbildungsplatzförderungsgesetz gemacht haben, haben nie so getan, als ob wir damit das Problem der Finanzierung der Berufsbildung gelöst hätten. Und obwohl - oder besser wahrscheinlich: gerade *weil* die Ausbildungsplatzabgabe nie in Kraft getreten ist, hat sie eine gewisse Wirkung auf die Unternehmer nicht verfehlt; sie hat mit dazu beigetragen, daß mehr Ausbildungsplätze angeboten worden sind, als wir noch vor einigen Jahren für möglich gehalten haben. Auch werden die vielen

Angebote für überbetriebliche Ausbildung, die in den letzten Jahren geschaffen wurden, in einer Zeit, in der schwächere Jahrgänge in die Berufsbildung kommen, dazu beitragen, daß die Position der jungen Generation, die Position der Auszubildenden stärker sein wird, als in der Vergangenheit. Ich weiß, was gerade im Bergbau in den letzten Jahren für die Berufsbildung geschehen ist. Es ist gut, daß jetzt erheblich über den aktuellen Bedarf hinaus ausgebildet wird. Es ist gut, daß man versucht, möglichst vielen eine hochqualifizierte Ausbildung zu verschaffen, auch wenn sich damit die Prüfungsergebnisse ein wenig verschieben mögen. Die Senkung der Zahl der Jungbergleute auf 5 % ist eine große Leistung, die die IG Bergbau durchgesetzt hat. Trotzdem wissen wir alle, daß wir im Feld der Berufsbildung noch vor schreienden Ungerechtigkeiten stehen. Denn es ist eine schreiende Ungerechtigkeit, daß Tausende und Abertausende junger Leute außerhalb der Ballungszentren Berufe lernen müssen, mit denen sie später nichts oder wenig anfangen können. Ich weiß, daß wir dies gesetzlich nicht ändern können, solange sich die Mehrheit im Bundesrat nicht geändert hat und daß wir auf den mühsamen Weg der Tarifverträge verwiesen sind. Um so mehr ist es unsere Aufgabe, deutlich zu machen, daß unsere bildungspolitische Verantwortung nicht mit dem Hauptschulabschluß endet und daß es ein schweres Glaubwürdigkeitsdefizit für eine der reichsten Industrienationen der Welt bedeutet, wenn sie Jahr für Jahr Tausende junger Leute ohne Ausbildung läßt.

Ich habe die Berufsbildungspolitik nur als Beispiel gewählt; genauso könnte ich vom Problem der Liberalität sprechen. Die Angst vor Überwachung und Erfassung ist in manchen Teilen der jungen Generation in der Bundesrepublik zwar übertrieben; aber ich will selbstkritisch bekennen, daß wir, die Funktionäre des Staates, in dem Versuch, die Demokratie vor ihren Feinden zu schützen, einige krasse Fehler gemacht haben. Die Praxis des sogenannten Radikalenerlasses halte ich heute für den krassesten dieser Fehler. Es ist gut, daß die Bundesregierung durch die Streichung der Regelanfrage diesen Fehler korrigiert hat, und wir wollen hoffen, daß ihrem Beispiel möglichst viele Länder folgen werden. Denn auf diesen Feldern, auf denen die junge Generation die Auswirkungen der Politik am eigenen Leib spürt, steht viel Glaubwürdigkeit auf dem Spiel.

Vierte Aufgabe: Wir müssen aufpassen, daß unsere politischen Einzelziele nicht allzu zusammenhanglos nebeneinanderstehen. Manchmal häufen wir unsere Forderungen und Pläne einfach aufeinander, ohne klarzumachen, wie sie auf ein großes Ziel bezogen sind. Jeder von uns kennt zum Beispiel die Forderungen der Gewerkschaften nach einer Verkürzung der Stunden, der Tages- und Lebensarbeitszeit; jeder von uns kennt das Konzept des Bildungsurlaubs. Aber ich fürchte, daß wir viel zu selten klarmachen, daß diese Einzelforderungen auf einen Menschen hinzielen, der über mehr Zeitsouveränität verfügt als heute, der vielfältiger tätig sein kann und der produktive Muße an die Stelle von persönlichkeitszerstörenden Müßiggang setzen möchte. Aber dieser *Zusammenhang* bewegt die Menschen stärker als die Einzelforderungen.

Ich habe kürzlich ein paar Sätze von einem jungen Mann gelesen, den Helmut Kohl mit Sicherheit in den großen Topf des Extremismus werfen würde. Dieser junge Mann, Thomas Schmid aus Frankfurt, kein Sozialdemokrat, einer, dessen Meinungen ich selten teile, hat geschrieben: „Eine Tugend, die uns Deutschen heute fehlt, möchte ich lernen: Die Fähigkeit, zusammenzuleben, sich nicht vernichten zu wollen, eine Lebensweise, die wirklich Konträres nebeneinander dulden kann. Was ich aber nicht will: Die Tradition der Selbstbezichtigung. Ich werde die deutschen Schrecken gewiß nicht vergessen, aber ich will auch mein Deutschsein nicht mehr vergessen, überspielen. Wo das deutsche Grauen liegt, da liegt auch ganz nah die deutsche Faszination. Wer das faschistoid nennt, der beeindruckt mich nicht mehr.“

Was will ich damit sagen? Manchmal habe ich den Eindruck, daß unsere mangelnde Fähigkeit, die junge Generation an uns zu binden, mit einer merkwürdigen Traditionslosigkeit der deutschen Demokratie zusammenhängt. Tun wir nicht allzu oft so, als sei die Demokratie etwas, was die Besatzungsmächte 1945 nach Deutschland importiert hätten? Ich will gar nicht bestreiten, daß wir 1945 nicht aus eigener Kraft zur Demokratie gefunden haben. Aber ich will sagen: Vielleicht spürt die junge Generation stärker als viele Ältere, daß man aus der Geschichtslosigkeit nicht leben kann. Denn Deutschland besteht nicht nur aus der Generalgeschichte und der Geschichte der Fürstenhäuser. Es gibt auch die Geschichte der Aufklärer, die Geschichte der Achtundvierziger, der verfolgten Sozialdemokraten während der Kaiserzeit, der Weimarer Demokraten, der Widerstandskämpfer gegen Hitler und der Emigranten. Ich weiß, das ist keine fehlerlose Heldenlegende. Aber die deutsche Arbeiterbewegung hätte eine Identität anzubieten, wenn sie sie anbieten würde. Ich glaube, die Herausforderungen der Zukunft kann man nicht bestehen, wenn man vergessen hat, woher man kommt. Erfolgreich können wir nur sein, wenn wir wirklich „Erfahrungen nutzen“, wie es im Motto dieses Kongresses heißt. Wenn wir sie nutzen, können wir die Herausforderungen der 80er Jahre annehmen.